ENTWURF ZUM GRUNDSATZPROGRAMM DES AKSK

Der Arbeitskreis Solidarische Kirche versteht sich als unabhängige Organisationsform innerhalb der Kirche auf der Ebene des Bundes. Er ist offen für alle, die an einer Demokratisierung von Kirche und Gesellschaft interessiert und im Rahmen der "Rahmenordnung" und im Sinn der Intention des "Grundsatzprogrammes" zur Mitarbeit bereit sind.

Das Grundsatzprogramm führt die Standortbestimmung der "Basiserklärung" (vom 7.10.1986) fort, indem es deren Defizitbeschreibungen in Aufgabenbestimmungen wandelt. Es hat nicht den Charakter eines Statutes, sondern beschreibt den Stand der Konsensbildung innerhalb des AKSK.

In Kontinuität zur Basiserklärung bestimmt das Grundsatzprogramm die Aufgabenbereiche und Funktionen des AKSK :

Gleichwertige Aufgabenbereiche: A) gesellschaftlicher Bereich
B) innerkirchlicher Bereich
C) Strukturen und Arbeitsweise im AKSK

Gleichwertige Funktionen: *Solidarität und Hilfe für Betroffene und Opfern (gewerkschaftliche Funktion)

*Herstellen gesellschaftlicher und innerkirchlicher Öffentlichkeit zur Förderung politischer Meinungs- und Willensbildung (Öffentlichkeitsarbeit)

*Wahrnehmen konkreter Mitverantwortung bei den unabdingbaren Demokratisierungsprozessen und Strukturreformen in Kirche und Gesellschaft (politische Funktion)

A. Gesellschaftspolitische Aufgabenbeschreibung

Der AKSK sieht die Notwendigkeit von weitreichenden Strukturreformen und Demokratisierungsprozessen in Staat und Gesellschaft. Seine Arbeit zielt zunächst auf eine Belebung der gesellschaftlichen Sphäre. Voraussetzungen dafür sind die Herstellung umfassender Öffentlichkeit und die Förderung einer allein durch Politisierung entstehenden Mündigkeit und Verantwortungsbereitschaft. In den verschiedenen unabhängigen Gruppen sieht der AKSK Vorformen neuer gesellschaftlicher Institutionen, mit denen er in einer "Versammlung demokratischer Initiativen" zur Zusammenarbeit bereit ist.

Themenkomplexe und Aufgabenschwerpunkte:

1. Recht und politische Ordnung:

Wir treten für Rechtsstaatlichkeit und strikte Gewaltenteilung ein. Recht darf nicht länger als parteipolitisches Machtinstrument mißbraucht werden. Deshalb treten wir ein für: 1. eine Trennung von Legislative und Exekutive sowie für eine unabhängige Justiz; 2. eine Trennung von Partei und Staat durch einen demokratischen Parlamentarismus; 3. eine Verfassungsgerichtsbarkeit und 4. für eine weitreichende Dezentralisierung, d.h.

die Selbstverwaltung aller territorialen politischen Gemeinschaften (Bildung einer Länderkammer).

mittelfristige Aufgaben:

- Beginn einer umfassenden Verfassungsdiskussion unter verstärkter Berücksichtigung von Grund- und Menschenrechten
- Einklagen des Verfassungsrechts auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit für alle demokratischen Organisationsformen
- Initiativen zur Wiederaufnahme von Volksabstimmungen unter neuer Modalität als Recht in die Verfassung
- Initiativen zur Erweiterung der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch Förderung des allgemeinen Rechtsbewußtseins (Seminare...) und durch Dokumentation von Rechtsverstößen
- Unterstützung der Forderung nach Reisefreiheit und Auswanderungsrecht gemäß der Wiener KSZE-Beschlüsse - auch durch Thematisierung der anhaltenden Auswanderung
- Drängen auf eine neue Wahlgesetzgebung durch Aufdecken des Scheincharakters bisheriger Wahlen und eigene Kandidaten zu den Kommunalwahlen
- Arbeit an Vorschlägen zu einer Rechtsreform
- Analysen des gegenwärtigen Strafvollzuges

2. Öffentlichkeit

Die Einschränkung von Öffentlichkeit und ihr ideologischer Mißbrauch ist eine der Ursachen für die gesellschaftliche Stagnation. Deshalb fordern wir die Überführung der Medien in Hände von Körperschaften öffentlichen Rechts, die Zulassung einer unabhängigen Presse und den Zugang zu den elektronischen Medien für alle.

Das Herstellen umfassender Öffentlichkeit und einer alle gesellschaftlichen Bereiche thematisierenden Diskussion ist eines der Hauptanliegen des AKSK. Er nutzt dazu alle ihm möglichen Formen von Öffentlichkeitsarbeit.

3. Erziehung und Ausbildung

Die einseitige ideologische Erziehung und Ausbildung in unserem Land hat zur Unmündigkeit und Entpolitisierung vieler Bürger beigetragen. Generationen von Wissenschaftlern (in den Geisteswissenschaften und anderen) sind ungenügend qualifiziert. Fehlendes Geschichtswissen verhindert die Aufarbeitung von Fehlentwicklungen und eine gelingende Identitätsfindung.

Wir fordern deshalb die Entideologisierung von Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen und ihre Entflechtung von den bisherigen Kinder- und Jugendorganisationen als Voraussetzung für eine umfassende Bildungsreform.

mittelfristige Aufgaben:

- durch Veröffentlichungen, Seminare, Foren u.ä. alternative Bildungsangebote schaffen

- durch Aufarbeiten unserer jüngeren Geschichte die Identitätsfindung befördern (Nationalsozialismus: neue Formen des Rechtsradikalismus; Stalinismus und seine Folgen; Probleme nationaler Identität)
- durch Angebote vernachlässigter geisteswissenschaftlicher Themen zu differenzierter Wahrnehmung gesellschaftlicher Wirklichkeit befähigen
- eine umfassende Wertediskussion anregen
- Förderung von Eltern- und Schülerdiskussionen über Lehrpläne und Methoden

4. Wehrdienst

Wir bejahen jede Initiative, die zur allgemeinen Abrüstung beiträgt. Wir fordern die Einführung eines sinnvollen zivilen Ersatzdienstes und die Entmillitarisierung des Alltagslebens (z.B. durch Friedenserziehung als Unterrichtsfach). Wir solidarisieren uns mit allen Wehrdienstverweigerern und fordern die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung, in der wir ein "prophetisches Zeugnis" sehen.

5. Umwelt

Wir befürworten eine grundsätzliche ökologische Orientierung von Politik und Wirtschaft. Nur so können die Lebensmöglichkeiten kommender Generationen gewährleistet werden. Dazu bedarf es:

- einer umfassenden Aufklärung der Bevölkerung mit dem Ziel, umweltfreundliche Denk- und Lebensweisen zu befördern
- öffentlicher Diskussionen der Umweltproblematik
- einer Offenlegung aller relevanten Umweltdaten und -probleme
- einer landesweiten Überwachung der Schadstoffkonzentrationen
- einer konsequenten Haftung für Umweltschäden nach dem Erzeugerprinzip
- Diskussionen um die Risiken der Kernenergie
- durch Preis und Steuerpolitik begünstigte Energiesparprogramme

Der AKSK unterstützt die Aktivitäten der Umweltgruppen im Rahmen seiner Möglichkeiten.

6. Wirtschaft

Die allen sichtbar werdende Wirtschaftsmisere ist Folge eines jahrzehntelangen Staatsplandirigismus, der beendet werden sollte. Wir treten ein für:

- eine begrenzte staatliche Rahmenplanung und staatliche Aufsichtskompetenz im Interesse des Gemeinwohls
- für die ökonomische Selbständigkeit von Betrieben nach dem Prinzip von Eigenfinanzierung und Effektivitätszwang (bei strikter Monopolkontrolle)

- für die Gründung neuer und unabhängiger Interessenvertretungen und Gewerkschaften mit verbürgtem Streikrecht
- für erweiterte Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben durch Wählbarkeit der Führungskräfte, umfassende Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft und durch Gewinnbeteiligung aller
- für Unabhängigkeit der bestehenden landwirtschaftlichen, handwerklichen und Handelsgenossenschaften
- für Zulassung privater Kooperativen bei Preiskontrolle
- für Zulassung privater Wirtschafts- und Eigentumsformen in begrenztem Umfang

Aufgaben:

- systematische Verstärkung der Sachkompetenz in Wirtschaftsfragen durch Studienkreise und Zusammenarbeit mit Experten
- Beginn einer Diskussion zur Wirtschaftsethik

B. Innerkirchliche Aufgabenbeschreibung

Die Kirche bedarf einer erneuten Selbstreflexion, die zu Verhaltensänderungen und Strukturreformen führt. Um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein, streiten wir für den Abbau hierarchischer Strukturen, für die Durchschaubarkeit von und die Demokratisierung der Entscheidungsfindungen, für den Abbau der Ausgrenzung von Gruppen und für ein deutlicheres Bekenntnis zum politischen Auftrag.

1. Kirchlicher Rechtsbereich

Wir treten ein für:

- den Abbau von Rechtsunsicherheiten während der Ausbildung und beim Übergang in die Anstellung (Auflösung von Vorbehaltsrechten durch überprüfbare Kriterien, geregelte Einspruchsverfahren und Interessenvertretung der Betroffenen)
- die Rechtsgleichheit ordinierter und nicht ordinierter Mitarbeiter
- gewerkschaftliche Vertretungen
- die Gleichstellung von Männern und Frauen im Verkündigungsdienst (z.B. Kinderjahr und halbe Stellen auch für männliche Angestellte)

2. Leitung und Entscheidungsfindung

Wir treten ein für:

- eine öffentliche Diskussion der Modalitäten von Bischofswahlen
- die Ersetzung von Superintendenten durch bruderschaftliche Leitungen
- eine Rotation aller kirchenleitenden Funktionen
- eine paritätische Besetzung von Leitungsgremien
- neue Formen demokratischer Entscheidungsfindung

3. Gemeindeaufbau

Wir treten ein für:

- die Erprobung neuer Gemeindemodelle und Arbeitsformen (Eigenfinanzierung und -verwaltung von Gemeinden, Gründung nicht ortsgebundener Gemeinden, Teampfarrstellen usw.)
- den Abbau autoritärer Leitungsweisen, die die Gemeinden entmündigen
- die Aufnahme auch nicht ordinerter Mitarbeiter in den GKR
- eine Abendmahlszulassung auch für Ungetaufte

4. Ausbildung

Wir treten ein für:

- Seminare zu kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Problemstellungen
- Recht und Pflicht zur Weiterbildung von Mitarbeitern
- eine Veränderung der Entsendungspraxis unter Mitsprache der Betroffenen
- die Erstellung neuer Vikariatskonzepte (z.B. Wandervikariat)

5. Finanzen

Wir treten ein für:

- das Recht zur Einsichtnahme und öffentlichen Diskussion von Haushaltsplänen und Fremdfinanzierungen
- Anstrengungen zur Verminderung der Fremdfinanzierung und der Finanzierung von Repräsentationsobjekten
- mehr Mittel für die Ausbildung und die Jugendarbeit

6. Politischer Auftrag

Wir unterstützen:

- eine umfassende Diskussion des politischen Auftrags der Kirchen in allen kirchlichen Bereichen
- die Reflexion um die politische Dimension innerkirchlicher Strukturen und Handlungen
- die Auseinandersetzung um den Abbau von "Geheimdiplomatie" in der Kirche und im Verhältnis zwischen Kirche und Staat

7. Ehe und andere Lebensformen

Wir streiten für:

- die Anerkennung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften auch im Verkündigungsdienst
- die Aufhebung von Disziplinarmaßnahmen bei Ehescheidungen
- die Segnung des Lebensweges sich trennender Paare bei Wunsch
- die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften

C. Strukturen und Arbeitsweise des AKSK

Der AKSK weiß sich basisdemokratischer Prinzipien in seinem Bereich verpflichtet (vgl. Rahmenordnung vom 2. Mai 1987). Er bemüht sich um eine permanente Reflexion seiner Arbeitsweise und seiner Programmatik und um die Verbesserung seiner Konsensfindung. Er sucht seine Einflußmöglichkeiten auf Strukturformen und Demokratisierungsprozesse in Kirche und Gesellschaft zu erweitern und verstärkt seine themenorientierte Arbeit in den Ortsgemeinden. Er sucht die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und gibt notwendigen Diskussionen und neuen Projekten Raum.

anstehende Aufgaben:

- Verstärkung der Arbeit in und Ausbau der Regionalgruppen
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen
- Bildung von Arbeitskreisen zu Sachfragen
- Ausbau des Informationsnetzes
- Förderung und Erweiterung einer kontinuierlichen Theoriediskussion
- Gründung einer "Stiftung zur Unterstützung unabhängiger Forschung auf den Gebieten: Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft"
- Überlegungen zum Aufbau eines eigenen sozialen Netzes
- Verstärkung der Bereitschaft zur Selbstfinanzierung von Projekten
- Notwendigkeit einer theologischen Selbstbesinnung (neue Formen von Spiritualität; theologische Fundierung des politischen Auftrags)
- Überlegungen zur Erweiterung des Einflusses auf Synoden
- Überlegungen zur Verbesserung von Interessenvertretungen
- Diskussion neuer Modelle für die Konsensfindung

Naumburg, im Juli 1989

- für den innerkirchlichen Gebrauch -